

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Uitredakteur: Dr. Emil Bierley. Druck und Erscheinung der Herausgeber: Herausgeber: Redakteur: Ludwig Hartmann. Liepsch & Reichardt in Dresden. Heinrich Pohlken in Dresden.

Die Witterungsanzeichen nach dem Meteorol. Bureau zu Leipzig für heute den 16. Februar lauten: Wenig Niederschlag, stellenweise auslädtend.

Politisch.

In der Zwischenzeit zum Wiederzusammentritt des Reichstages erledigte der preußische Landtag mehrere wichtige Angelegenheiten. Der Handelsminister Maybach entwickelte in 1½ stündiger Rede sein Eisenbahn-Programm. Es läuft auf volle Durchführung des Staatsbahnsystems in Preußen hinaus. Der Minister erklärte, er werde sich unter keinen Umständen auf eine Abschwächung von ihrem Plane und Systeme einlassen. Neues hat der Minister damit Niemandem gesagt; so gleich vermied er jedoch dabei, anzudeuten, daß das Staatsbahnsystem in Preußen nur die Vorstufe für die Erwerbung aller anderen deutschen Bahnen durch das Reich bedeute. Die Opposition gegen die Maybach'schen Pläne richtete sich thörls prinzipiell gegen das Staatsbahnsystem, thörls gegen die Art und Weise, wie der Minister sich in den Besitz der preußischen Privatbahnen zu setzen scheue. Dr. Birkhoff warf der jüngsten Eisenbahnpolitik geradezu vor, daß diese Art, wenigstens fälschlich, wenn auch unbüßtigt, darauf hinzuholte, die Privatbahnen so lange zu ignorieren und zu ruinieren, bis sie ihres Eisenbahnbesitzes endlich selbst überdrüssig seien. Endlich legte die Opposition überzeugend klar, daß die jetzige Zeit des Defizits in Staat und Reich, des Darunterliegenes von Handel und Wandel die allerunglücklichste sei, die preußischen Finanzen noch mit etwa 6 Milliarden Eisenbahnschulden zu belasten. Das Abgeordnetenhaus hielt in seiner Mehrheit die schweren Bedenken gegen die Maybach'schen Pläne so sehr, daß ein Auflegung des Staatsbahnsystems gerichteter Antrag von seinen Einbringern selbst als völlig aussichtslos zurückgeworfen wurde. Konsequenz aber ist nun einmal nicht die Sache der preußischen Abgeordneten; so ereignete sich denn der kuriose Widerspruch, daß dieselben Herren, die soeben das Staatsbahnsystem verworfen, doch in denselben Augenblick, wenn auch nur mit 5 Stimmen Mehrheit, einen Antrag ablehnten, der den Anlauf von Eisenbahnen durch den Staat für verwerthlich erklärt. Mit anderen Worten: man tadelte zwar das Staatsbahnsystem, man billigte aber indirekt die Mittel, die zu diesem getadelten Zwecke führen. Der innere Grund dieses Widerspruchs liegt darin, daß die preußische Volksvertretung zwar die Regierungspolitik gefährlich findet, aber nicht den Muth besitzt, ihr entgegenzutreten.

Der zweite wichtigste Gegenstand der Berliner Landtags-Berhandlungen war die sogenannte Quotierungfrage. Das ist ein vollständig preußisches Unikum, um Nicht-Preußen nur mühsam Erklärungen überhaupt verständlich zu machen. In keiner sonstigen Verfassung befindet sich ein Artikel, wonach die einmal bewilligten Steuern nun für alle Gültigkeit in dieser Höhe fortgehoben werden müssen, auch wenn der Staat aus anderen Einnahmequellen so viel Geldmittel erhält, daß er jene Steuern gar nicht mehr braucht. Der Steuerzahler in Sachsen, Bayern oder Lippe würde es nicht begreifen, wenn der Staat Steuern über seinen Bedarf erhöhe und bloß deshalb, weil er früher einmal so hoch erhoben wurden. Hat der Staat einmal zu viel Geld (selten genug kommt's ja vor), nun so versteht's sich von selbst, wie daß der Montag dem Sonnabend folgt, daß man nicht zu viel Steuern erhebt. Anders das Verfassungsrecht Preußens. Schon seit Jahren trachten seine Abgeordneten nach dem erreichte jeder Volkswertzung, gegebenenfalls auch einmal eine Erhöhung der direkten Steuern zu erreichen. Was ist nicht im Laufe der Jahrzehnte um dieses simple Recht gehrochen, geschrieben, gedruckt worden! Alles vergebens. Jetzt aber will die Regierung die indirekten Steuern im Reiche in so kolossalem Maßtheile erhöhen, daß nicht nur die Matrikulardeträge Preußens weg, sondern auch noch Beträge vom Reiche an Preußen absinken. Um die preußischen Abgeordneten für diese grobartigen Pläne zu gewinnen, lockt man daher in Preußen die Steuerzölle etwas und gewährt dem Landtage das Recht, die Einkommenssteuer bis zu der jetzt bewilligten Höhe zu „qualifizieren“, wie der gelehrte Ausdruck lautet, damit dem Volke durch das Fremdwort nur ja das Verständniß für seine wichtigsten Rechte möglich verhindert werde. Der Berliner Landtag begrüßte das flug berechnete Entgegenkommen der Regierung mit Freude. Nach einem Jahre wird man schon anders urtheilen. Denn je sehr wir übrigen Deutschen unseres preußischen Brüder es gönnen, daß sie endlich annähernd in den Besitz der Möglichkeit kommen, nicht unnötige Steuern bewilligen zu müssen, so ist damit für uns alle nur die Brücke geschlagen zu der bevorstehenden rüchigen Steuer-Erhöhung im Reiche. Jubit wer will, table aber Niemand die, die nicht mit Hurrah schreien!

Dem Reichstage hat der Biclanzler Graf Stolberg den Rechenschaftsbericht über die Ausführung des Sozialdemokratengesetzes und die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin vorgetragen. Im Wesentlichen enthält diese Denkschrift nur das, was seiner Zeit hierz. nach Verhängung derselben im preußischen Landtage Graf Cullenburg mitteilte. Neue Gründe oder neue Thatsachen werden nicht mitgetheilt. Man betont die Gefahr, die Berlin an sich schon durch die Menge und Organisation der sozialdemokratischen Elemente darstellt, ihre Verbindungen mit ausländischen Genossen, namentlich den Zugang Dasselmanns, die Attentate in Madrid und Neapel und die Notwendigkeit für ungesehliche Rückkehr des Kaisers nach Berlin zu sorgen. Voraussichtlich wird dieser Rechenschaftsbericht zu lebhaften Auseinandersetzungen führen.

Österreich's Interesse wird durch die Ereignisse in lebhaftem Mitleidenschaft gezogen: die Ministrerkrise, die zu keinem Abschluß kommt, wenn will, das Teplitzer Unglück (wurde unten aufgeführt) folgt, und sobann durch die Einziehung des Papierguldenzettel. Mit letzterer Maßregel erwiedert sich Österreich ein großes Verdienst auch um Deutschland: es schüttet sich an, zur Silbermünze überzugehen. Vorsichtig hebt Austria den Fuß nach dieser Richtung: es zieht für zehn Millionen Guldenzettel ein, gewährt für Einlagen bei der Bank 1½ Proc. Provision und die Bank leistet kleine Zahlungen nicht mehr in Papier, sondern in Silber. Die österreichische Bank hat sich nämlich zu derselben Zeit, wo wir den gelobten Goldwährung zu lieben das Produkt unseres vaterländischen Silberbergbaus entwerteten, uns Hals über Kopf verschleuderten, tüchtige Barren dieses

Guldenalles in ihre Keller gelegt. Man wird nunmehr die geäugten Silbergulden wieder in Österreich austauschen und von Hand zu Hand wandern sehen. Mit dieser Maßregel wird auch der weiteren Herauslösung des Silberpreises bei uns ein Riegel vorgeschoben.

Neuerdings scheint es, als ob Gräfin in der Deputirtenkammer für seine Kommunarden-Ammonevorlage doch noch eine Möglichkeit finden wird. Gambetta und seine Parteigenossen erklären sich dafür und achten es nicht, daß die Nothcen ihnen Vorbrech verwerfen. Denn vor den Wahlen hat Gambetta und sein jetzt in der Kammer sitzender Generalstaat sich wiederholt für eine volle und unbedingte Amnestie aller Kommunarden ausgesprochen und sich förmlich verpflichtet, dafür zu wirken. Die Gewöhnliche Vorlage aber schlägt die schlüssigsten der Kommunarden von der Begnadigung aus. Auch Rochefort wird nicht sein Exil in Genf aufgeben dürfen. Er schreibt in seinem Blatt „Marsillair“ die zornigsten Blüte gegen Gambetta, genau so, wie er es damals mit Napoleon that, als er die „Patrie“ drückte, deren Titelvignette: ein großes L. und N., beide Anfangsbuchstaben Louis-Napoleons, mittels eines Galgenstriches verbunden, allein schon den Ratten reizen sollte. Die Marsillaire selbst ist durch einen Kammerbeschluss wieder als „Nationalhymne“ Frankreichs eingesetzt und den Herren zum Singen empfohlen worden. Die Marsillaire ist im Laufe der Zeiten ihrem ursprünglichen Zweck entfremdet worden. Bei jeder Emeute wurde sie von Rebellen, Trunkenbolden und Renommierten geheult. Der Moniteur sagt darüber nicht ohne Grund:

„Die Marsillaire“ hat aufgehebt, ein nationaler Gesang zu sein, um ein Parteihang zu werden, ein Gesang des Bürgers, kriegerisch. Wenn die Marsillaire nicht mit entblößtem Haupt von allen Franzosen angehört wird, wie die Engländer das „God save the Queen“ anhören, so geschieht es, weil dieselbe durch die Herausstellen von Emeuten, sowie durch Trunkenbolde in Verbindung mit Blut und Schmutz gebracht worden ist, weil sie am Vorabend unserer Niederschläge von Leuten geheult werden, welche statt den Kanonen Trop zu töten, nur in den Weinranken ihre Aräte machen; weil dieser Gesang damals nur in den Straßen erklöte, als man und unsere ersten Niederschläge amüsante, weil ihn am Tage nach Reichshofen vernommen, ohne daß er unter der Menge Terrassen, welche ihn in leiser düsteren und bedrohlichen Verhältnissen trübten, einen Einschlag feststellen hätte, nach der Wrenz zu ziehen. Deoda hat die Marsillaire ihre erste Bedeutung verloren und hat ausgetaut, ein nationaler Gesang zu sein.“

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten.“

Berlin, 15. Februar. Der Reichsangeiger schreibt: Die Gesundheitskommission in Dänischen (Frankreich) beschloß, daß alle aus dem Schwarzen und dem Asowischen Meer kommenden Schiffe, selbst wenn sie mit einem Gesundheitspass verfehren sind, als verdächtig eine mindestens fünftägige Quarantäne durchzumachen haben. Die Regierung der Insel Malta dehnt die 21-tägige Quarantäne für die aus dem Schwarzen und Asowischen Meer kommenden Schiffe vom 10. Februar ab auf alle von der Türkei, Griechenland und Tripolis kommenden Schiffe aus.

Brüssel, 15. Februar. Im Landtage erklärte der Anwalt des Regierungsbüros des Staatsministeriums Schulzetsch, der auf den Herzog von Cumberland bezüglichen Berufungen des Kommissionsberichtes: die Staatsregierung hatte im Laufe der Verhandlungen keine Veranlassung sich darüber zu äußern, da die Erörterungen über die Voronderungslaufzeit auswirkt, ob dies zweites und Inhalten des Gesetzes lägen und so mit die Acceptation eines Einverständnisses der Landesregierung auf Grundlage der getätigten Bekanntungen des Kommissionsberichtes gegenstandslos sei.

Teplitz, 15. Februar (Privat-Telegramm). Heute betrug die Wasserhöhe über der Soole des Füllorts im Nelsonschafe 100 Meter, im Schacht „Fortschritt“ 45, im Schacht „Döllinger“ 32 Meter. In den Victoria- und Bismarckschächten hat erst seit gestern der Aufzug von Wasser begonnen. Die Gewässer steigen überall. Es ist sicher, daß die Teplitzer Quellen lediglich infolge dieses Durchbruches ausgeblieben sind. So lange die Wasser steigen, ist jeder Plan, den Elemente entgegenzuwerken, unnütz. Die Hoffnungen sind überhaupt zweifelhaft, die Stimmung aller Klassen der Bevölkerung von Teplitz der Verzweiflung nahe. (Weiteres s. Österreich.)

Bien, 15. Februar. Werken soll offiziell folgende Ministrerstelle publiziert werden: Staatsrat, Ministerpräsident, Graf Taaffe, Minister des Innern. Die beiden Minister dienen im Min. ausgenommen Fürst Auersperg und Unger, welche auscheiden.

Bien, 15. Februar. Die „Politische Korrespondenz“ berichtet aus Konstantinopel vom 14. Februar: General Dobroth eröffnete Meiss Taaffe in Kürsönopel, daß am 9. März die Räumung vollständig beendet sein werde.

Petersburg, 15. Februar. Die „Agence russe“ meldet, daß der türkisch-russische definitive Friedensvertrag vom Sultan ratifiziert worden sei. Anlässlich des Friedensabschlusses wird demnächst das Erscheinen eines kaiserlichen Manifestes erwartet.

Dem Dr. mol. Schlobig zu Polozk ist das Alterkreuz 1. Kl. vom Verdienstorden verliehen worden.

— Herr Dr. mol. B. Martin Oberländer in zum Polizei-Kanzler ernannt worden.

Nach ausdrücklichen Blättern verlaufen in juristischen Kreisen, daß bei der Stelle des Ober-Meld- und Umlaufs beim Reichskanzler in Leipzig in Konkurrenz treten der sächsische General-Statthalter, Anwalt v. Savare und der Appellationsgerichts-Präsident Vogel in Riesa, ist der in Tostendorf.

— Seitens der Liberalen im 10. Reichstagwohrtreffe ist der Landtagswahl, ob es weiter in Chemnitz, jetzt in Dresden, als Kanzler für die vorbereitende Reichstagswahl in Aussicht genommen.

— Gestern Nachmittag in der 4. Stunde beobachtet XI. MM.

der König und die Königin die Obh. Produkte in Ausstellung und verwiehen längere Zeit mit sichtlichem

Beruhigen in den höchst dichten Räumen, viele der ausgestellten Arzneigruppen eingehend mustzend. Besonders nach-

dem Anteile XI. XI. Medaillen die Ausstellung der mit der gro-

ßen Übereinstimmung prämierten Ausstellung von Robert Schöne (Weißstädtl. Akad.: Damachopl. Nr. 6) in Anspruch. Viele

Präparate überzeugten sich durch solch hohen Genuss von der Vor-

trefflichkeit der konkurrierten Arzneien und sprachen sich überaus

begeistert über die frische und Sammelfähigkeit der Praktiken —

durch Konkurrenz ein Geheimnis der Arznei ist — aus.

— Für die vielen Kinder in Elberfeld sind auf die im Januar d. J. veranstaltete Blaue 8294 Mark an freiwilligen

Geldzügen eingegangen.

— Die Sach.-Bahn. Dampfschiffahrt-Gesellsch.

chaft eröffnet Mittwoch, den 19. Februar d. J. die Verhones-

hafen, dlinigen die Dampfschiffahrt aus der böhmischen Elbe-

strecke werden erst in nächster Zeit erfolgen. Die nächsten Fahrten

der Dampfschiffe sind: Sonntag 8 Uhr nach Plönitz; 10 Uhr

nach Elster, Mittwoch 12 und 1 Uhr nach Elster; Nachmittags

2 Uhr nach Elster; 3 Uhr nach Elster; 4 Uhr nach Elster;

5 Uhr nach Elster; Abends 6 Uhr nach Laubegast. Ferner

unterhalb Dresden: 8 Uhr, 10 Uhr nach Meißen, Nachm. 2 Uhr

10 Uhr nach Meißen und 4 Uhr nach Meißen. Die Fahrten

erfolgen demgemäß so, daß das letzte Schiff den Blaue Abends

6 Uhr und von Meißen Radunstadt 3 Uhr in Dresden eintrifft. Wegen hohen Wasserstandes kann in Elsteritz und in Elsterstadt

an den Markttagen, sowie Uebigau und Uebritz nicht ge-

landet werden.

— Mit Beginn der diesjährigen Schiffahrtperiode wird, wie

ein Antrag in deutscher Nummer unterzeichnet Blaue 8294 Mark an freiwilligen

Fahrten den Kindern in Elberfeld

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag

der Abfahrt von Elberfeld bis zum Ende der Saison

verkauft werden und sind daher, weil sonst ungünstig, am Tag